# ACTARES

# Actionnariat pour une économie durable AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften

#### **EDITORIAL**

# Von der Börse in den Gerichtssaal

An der Schweizer Börse häufen sich die bösen Überraschungen: Nach dem UBS-Alptraum dürften nun Sonova und vielleicht auch Logitech das Interesse der Justiz auf sich ziehen. Wahrlich keine erfreu-

lichen Aussichten!

#### Bedauerliche Tendenz

Aufgabe der Aktionärinnen und Aktionäre in unserer heutigen Wirtschaft ist es, die Unternehmen mit Kapital zu versorgen. Als Unternehmenseigner tragen sie ein wirtschaftliches Risiko: Misserfolge werden mit rückläufigen Kursen, schlimmstenfalls mit Totalverlusten quittiert. Dieses Eigentumsverhältnis erfordert. dass Unternehmen transparent und nach strengsten Regeln geführt werden. Vertrauen ist in dieser Konstellation unverzichtbar. Die Aktionärinnen und Aktionäre müssen Ge-

schäftsgang, Strategie, Risiken, Zukunftsaussichten und Chancen analysieren und bei Bedarf im Dialog mit dem Management zusätzliche Auskünfte einholen können. Das Verfassen von Klageschriften, das Anrufen von Gerichten und das Einschalten von Anwälten gehören nicht zu ihren Aufgaben.

Zurück zur Wirtschaft

Statt vor Gericht zu streiten, strebt ACTARES lieber den Dialog an und verlangt, dass die Verantwortung wahrgenommen wird. Aber wo es, wie bei Sonova, an der

elementarsten Redlichkeit zu fehlen scheint, ist Untätigkeit keine Option. Und nach dem Fall UBS, in dem sämtliche Bemühungen umsonst waren, ist es unsere Pflicht, alle möglichen Reaktionen auf den Sonova-Skandal zu prüfen, auch die rechtliche.

Aber zum Glück (wenn man so sagen darf) gibt es daneben noch genügend Grundsatzfragen, die eine direkte Intervention von ACTARES erfordern: Die Deponien der Basler Chemie warten noch immer auf eine Sanierung, die Grossbanken distanzieren sich nur sehr zögerlich von fragwürdigen In-

vestitionen, und die Versicherungen scheinen die Tragweite des Klimawandels noch immer nicht erfasst zu haben. Angesichts der Vielzahl von Fragen, mit denen sich ACTARES im ersten Halbjahr 2011 beschäftigt hat, steht eines bereits fest: 2011 wird ein bewegtes Jahr.



## INHALT

| Editorial: Von der Börse in den Gerichtssaal |   |
|--|---|
| UBS – Ende eines unrühmlichen Kapitels       | 2 |
| Lob und Tadel für Credit Suisse              | 7 |
| Zwei Welten bei Nestlé                       | 7 |
| Neues Label zur Unternehmensbewertung        | 2 |
| Keine Fortschritte bei Novartis              |   |
| Roche verletzt weiterhin die Menschenrechte  |   |
| Priorität für Klimapolitik bei Zurich FS     | 6 |
| Handlungsbedarf bei den Stromunternehmen     | 6 |
| Syngentas Paraquat – noch immer              |   |
| ein Sorgenkind                               | - |

| Die Abstimmungen 2011 auf einen Blick       | 7  |
|---|----|
| Stürmische Zeiten bei Sonova                | 8  |
| Ein Gericht für Aktiengesellschaften        | 8  |
| Parteienfinanzierung durch Unternehmen      | 9  |
| LESETIPP: THE BIG SHORT – WIE EINE HANDVOLL |    |
| Trader die Welt verzockte                   | 9  |
| Interview: Hanspeter Kessler                | 10 |
| Soll gegen Sonova geklagt werden?           | 11 |
| Mitgliederversammlung von ACTARES           | 12 |
| SEITENBLICKE: STEUERLOTTERIE                | 12 |
| IMPRESSIM/ADRESSEN                          | 12 |



## UBS — ENDE EINES UNRÜHMLICHEN KAPITELS

Trotz aller Bemühungen wird die ehemalige UBS-Führung höchstwahrscheinlich nicht zur Verantwortung gezogen werden. Ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte der Grossbank geht damit zu Ende. Aber wurde aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt?

Hätte man UBS dem freien Markt überlassen, wäre sie heute konkurs. Nur dank dem Geld der Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie der Bekanntgabe von Kundennamen an die amerikanischen Steuerbehörden ist sie diesem Schicksal entronnen und schreibt mittlerweile wieder Gewinne. Aber hartnäckig hält sich der Verdacht, dass längst nicht alle Lehren aus der Krise beherzigt wurden.

#### Schweizer Justiz aussen vor

Obschon das Aktionariat die Entlastung der Unternehmensführung für das Jahr 2007 verweigerte, sah der UBS-Verwaltungsrat keinen Anlass, gegen die ehemalige Führungsriege der Bank vorzugehen. Anfang 2011 versuchten mehrere Dutzend ACTARES-Mitglieder mit

#### Auslegeordnung

Überblick über einige Vorstösse, um die ehemalige UBS-Führung zur Verantwortung zu ziehen:

*Strafklage:* Kein einziges der Schweizer Gerichte, bei denen eine Strafklage gegen die ehemalige UBS-Führung eingereicht wurde, beurteilte die Faktenlage als ausreichend, um ein Verfahren zu eröffnen.

Zivilklage: Die Aktionärinnen und Aktionäre haben zwar das Recht, anstelle der Bank eine Zivilklage gegen frühere Führungspersonen einzureichen, die Klage muss sich jedoch auf die Gesamtheit der Börsenverluste beziehen. Angesichts der Prozesskosten, die proportional zu den über 200 Milliarden Franken Klagesumme fällig werden, ist ein solches Unterfangen schlicht nicht umsetzbar.

Beschluss der Aktionärinnen und Aktionäre: Eine Gruppe von Anteilseignern versuchte an der Generalversammlung 2011 einen Antrag einzubringen, der den Verwaltungsrat zum Handeln gezwungen hätte. Die erforderlichen 625 000 Anteile konnten jedoch nicht rechtzeitig mobilisiert werden.

**Börsenbusse:** Am 14. Januar 2011 verhängte die Schweizer Börse eine Busse in der Höhe von 100 000 Franken gegen die UBS, weil diese im Sommer 2007 zu spät vor den drohenden Verlusten gewarnt hatte.

insgesamt 270 000 Aktien, die letzte Chance zu nutzen: die Traktandierung eines Antrags, der den Verwaltungsrat verpflichten sollte, ein Gerichtsverfahren anzustrengen.

Trotz ausserordentlichem Engagement gelang es nicht, die statutarisch geforderte Anzahl von 625 000 Anteilen für diesen Vorstoss zu gewinnen. Da die fünfjährige Verjährungsfrist 2012 endet, bleibt die frühere UBS-Spitze aller Wahrscheinlichkeit nach von der schweizerischen Justiz unbehelligt. Die in den USA eingeleiteten Verfahren dagegen nehmen ihren Lauf.

#### Zukunftsorientierte Lösung

ACTARES hat die Gründe für dieses Fiasko analysiert: Zum einen zeigt sich, dass das schweizerische Zivilrecht auf Streitigkeiten zwischen wirtschaftlich ähnlich starken Parteien ausgelegt ist. Allein schon wegen der Verfahrenskosten hat David gegen Goliath keine Chance. Zum anderen sind selbst grosse Pensionskassen bei grosskapitalisierten Konzernen vergleichsweise kleine Aktionäre. Als logische Folge dieser Zustände schlägt ACTARES die Schaffung einer spezifischen Gerichtsbarkeit in der Schweiz vor, die für Streitigkeiten zwischen börsenkotierten Unternehmen und ihren Anteilseignern zuständig ist (Siehe Seite 8).

#### Arroganz oder fehlende Einsicht?

Trotz anhaltender Schwierigkeiten und Unklarheiten tragen die Anstrengungen von UBS auf operativer Ebene zum Wiederaufbau ihrer Reputation langsam Früchte. Aber während die Kunden den Weg in die Schalterhallen wieder gefunden zu haben scheinen, dürfte das Wohlwollen der Öffentlichkeit noch eine Weile auf sich warten lassen. Kleidungsvorschriften, die sogar die Farbe der Unterwäsche vorschrieben, sorgten weltweit für Gelächter, bevor sie schliesslich zurückgezogen wurden.

Schlimmer noch: CEO Oswald Grübel lässt keine Gelegenheit aus, um die gemässigten Vorschläge des Parlaments, die in Zukunft die Rettung von Banken durch die öffentliche Hand unnötig machen sollen, in Frage zu stellen.

Ob dies als Arroganz oder als krasser Mangel an Einsicht zu werten ist, sei dahingestellt. Schlicht unver-

■ 2 Juni 2011 ACTARES-Info 23

ständlich ist dagegen das sture Festhalten von UBS an ihrer US-Tochter im Bereich Investmentbanking, dem eigentlichen Krisenherd: Obgleich deren Performance nach wie vor zu wünschen übrig lässt, teilen sich ihre Kader den Löwenanteil der ausgeschütteten Boni untereinander auf, als ob es nie eine Krise gegeben hätte. Man wolle Talente an das Unternehmen binden, heisst es dazu lapidar.

#### Hoffnungsschimmer

Trotz der Unverhältnismässigkeit der Ausschüttungen ist festzuhalten, dass die Vergütungsgrundsätze verbessert wurden. Das gegenwärtige System ist kompakter und nachvollziehbarer — ein lobenswerter Fortschritt. Zudem hat UBS einen Verhaltens- und Ethikkodex verabschiedet, die Finanzen wurden saniert, und das tägliche Engagement der Mitarbeitenden ist nach wie vor bemerkenswert. ACTARES hofft, dass diese Fortschritte Bestand haben. Dennoch bleibt noch vieles zu tun: Im Gegensatz zur Konkurrenz hat

UBS ihre Nachhaltigkeitsrichtlinien und -standards noch immer nicht veröffentlicht. Deren Diskussion und externe Kontrolle wird so verhindert. Daran ändern auch die wiederholten und oft zu vagen Absichtserklärungen der Bank nichts.

#### Appetit zügeln

Die neue UBS, deren Konturen sich hinter langjährigen Gewohnheiten abzeichnen, verdient den Rückhalt ihrer Aktionärinnen und Aktionäre. Sie müssen der Unternehmensführung unmissverständlich klarmachen, dass eine Rückkehr zu Renditen, wie man sie vor der Krise gewohnt war, nicht erwünscht ist. Nach dem durch die Kasinomentalität verursachten Desaster plädiert ACTARES resolut für ein gesundes Mass an Vorsicht anstelle einer ungezügelten Gier nach kurzfristigen Gewinnen. Die Postulate der Nachhaltigkeit gelten nicht nur für gesellschaftliche oder umweltbezogene Belange, sondern auch für die langfristige finanzielle Gesundheit von UBS.

# LOB UND TADEL FÜR CREDIT SUISSE

An der diesjährigen Generalversammlung lobte ACTARES die Veröffentlichung der Credit Suisse-Richtlinien zu ausgewählten Sektoren und die Zustimmung zur geplanten Bankenregulierung. Grosser Handlungsbedarf besteht jedoch bei der Klimapolitik und bei den Vergütungen.

Positiv aufgefallen ist im letzten Jahr, dass Credit Suisse mit nur wenigen Einwänden die geplanten staatlichen Regulierungen akzeptiert, dass unter den neuen Bedingungen realistischerweise die Gewinnziele gesenkt worden sind und dass eine Zusammenfassung der Sektor-Weisungen und Richtlinien zu heiklen Geschäftsgebieten veröffentlicht wurde.

#### Weisungen und Richtlinien veröffentlicht

Die von Credit Suisse 2010 veröffentlichte Zusammenfassung der Weisungen und Richtlinien zu Forstwirtschaft, Bergbau, Öl- und Gasgewinnung, Palmöl und Wasserkraft ist ein grosser Fortschritt. Gewisse schädliche Aktivitäten werden ohne Wenn und Aber ausgeschlossen. ACTARES ist gespannt auf die Berichterstattung.

Leider sind die Menschenrechte nur in einzelnen Sektoren explizit aufgeführt, dabei sollten sie für alle Tätigkeiten von Credit Suisse übergeordnet gelten. Noch ungenügend sind die Weisungen zum Beispiel in Bezug auf Kohle- und Atomkraftwerke sowie Ölsandund Ölschieferabbau.

#### «Credit Suisse Cares for Climate»

Im Klimabereich sieht Credit Suisse zwar grossen Handlungsbedarf und rühmt sich der Klimaneutralität im Betrieb, klammert aber die Geschäfte in klimasensiblen Bereichen aus. Deren Klimawirksamkeit beträgt

jedoch ein x-Faches der betrieblichen Auswirkungen. ACTARES verlangte die Planung des Ausstiegs.

#### Vergütungen

Das Vergütungssystem wurde deutlich verbessert, extreme Auswüchse sollten nicht mehr möglich sein. Eine Rückkehr zu vertretbaren Summen ist trotzdem nicht in Sicht. ACTARES lehnte daher den Vergütungsbericht ab.



Gelbes Licht für zweifelhafte Finanzierungen

Juni 2011 ACTARES-Info 23 3 ■

# ZWEI WELTEN BEI NESTLÉ

Schwindelerregende Zahlen — 110 Milliarden Umsatz, 34 Milliarden Gewinn, 45 Milliarden aus dem Verkauf von Alcon an Novartis — kontrastieren mit den schwierigen Lebensbedingungen der Kleinproduzenten von Kaffee und Kakao sowie mit der anhaltenden Kinderarbeit.

Im Bericht zur gemeinsamen Wertschöpfung (Creating Shared Value) 2010, welcher der ländlichen Entwicklung gewidmet ist, erläutert Nestlé den Einsatz des Konzerns zugunsten der Kleinproduzenten: Direkteinkauf, technische Unterstützung, Verhaltenskodex für Lieferanten.

#### Kinderarbeit beenden

Einer der Hauptaspekte ist dabei der Kampf gegen die Kinderarbeit auf Kaffee- und Kakaoplantagen. An der GV hat ACTARES Nestlé aufgefordert, bei seinen Lieferanten keine Kinderarbeit mehr zu dulden. Die neu in den Nestlé-Verwaltungsrat gewählte ehemalige UNICEF-Generaldirektorin Ann Veneman könnte helfen, dieses Engagement voranzutreiben.

Die von Nestlé mitbegründete International Cocoa Initiative (ICI) setzt sich auch für Verbesserungen ein. Die bisherigen Erfolge sind indessen eher symbolischer Natur: Der Cocoa Plan deckt nur gerade 1,5 % der Einkäufe von Nestlé ab. Der Plan sieht Investitionen von 110 Millionen Franken innert zehn Jahren vor — eine schöne Summe, aber längst nicht genug.

#### Direkteinkäufe bei den Produzenten

Den Kaffeebedarf deckt Nestlé nur gerade zu rund 10 % durch Direkteinkäufe bei den Produzenten. Nestlé strebt zwar an, diesen Anteil bis 2015 zu verdoppeln und bis 2020 einen weiteren Teil der Ein-

käufe vom Netzwerk SAN (Sustainable Agriculture Network) und von der Rainforest Alliance zertifizieren zu lassen. Doch dies genügt nach Auffassung von ACTARES nicht.

#### Vergütungen jenseits des vernünftigen Rahmens

Einmal mehr hat ACTARES den Vergütungsbericht abgelehnt, der dem Aktionariat zur Konsultativabstimmung vorgelegt wurde. Die Vergütungen für den Verwaltungsratspräsidenten (8,3 Millionen) und für den CEO (10,5 Millionen) sind aus der Sicht von ACTARES übertrieben. Keine noch so gute Unternehmensführung vermag derartige Beträge zu rechtfertigen.

#### Functional Food im Aufwind

Im September 2010 gab Nestlé die Gründung von Nestlé Health Science AG und des Nestlé Institute of Health Sciences bekannt. Damit will der Nahrungsmittelkonzern einen neuen Markt an der Schnittstelle zwischen Nahrungsmitteln und Medikamenten erschliessen: So genannte Functional-Food-Erzeugnisse sollen die Vorbeugung und Behandlung von Erkrankungen wie Diabetes, Übergewicht, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Alzheimer unterstützen. Im Brennpunkt stehen selbstverständlich die Industrieländer mit ihrer zahlungskräftigen Kundschaft, wo die Gesundheitskosten aufgrund des zunehmenden Durchschnittsalters der Bevölkerung steigen dürften.

# Neues Konzept der Unternehmensbewertung

Ein Forscherteam der Universität Lausanne unter der Leitung der Professoren Maia Wentland und Guido Palazzo hat ein neues Konzept zur Evaluation der Unternehmensperformance unter dem Blickwinkel der sozialen und ökologischen Verantwortung entwickelt. In ihrer Studie stellen sie ein Evaluationsraster zur Diskussion, das auf systematischen und wissenschaftlichen Kriterien beruht.

Vier Branchen wurden in der Untersuchung berücksichtigt: Kaffee, Kakao, Informatik und Pharma. Auf der Grundlage von öffentlich zugänglichen Informationen

wurden Unternehmen aus diesen vier Sektoren untersucht.

Massgebende Kriterien für die Kaffee- und Kakaobranche waren die Arbeitsbedingungen in den Plantagen, die Kinderarbeit, die niedrigen Einkommen der Landwirte und die ökologischen Schäden. Für Nestlé fällt das Urteil — verglichen mit Konkurrenzunternehmen und mit Ausnahme von Nespresso — ernüchternd aus. Nähere Informationen bietet die Website:

www3.unil.ch/wpmu/heclausanne100/2011/05/

■ 4 Juni 2011 ACTARES-Info 23

## KEINE FORTSCHRITTE BEI NOVARTIS

Sowohl bei der Sanierung der alten Chemiemülldeponien wie auch bei den Vergütungen bewegt sich Novartis wenig. Zu den Deponien kommen immer wieder neue Fakten ans Licht und bei den Vergütungen hat sich die Selbstbedienungsmentalität nicht geändert.

Die Frage der Sanierung der alten Chemiemülldeponien im Raum Basel beschäftigte ACTARES an der diesjährigen GV nicht zum ersten Mal. Es geht nicht nur sehr schleppend vorwärts, sondern es kommen immer wieder neue, beunruhigende Informationen an die Öffentlichkeit, die belegen, dass bisher nicht vollständig informiert wurde.

#### Mangelhafte Information

Informationen über die alten Deponien werden nur sehr dosiert weitergegeben. Bisher galt, man wisse nicht genau, was abgelagert sei. 2010 gelangte jedoch eine bisher geheime, firmeninterne Stoffliste der Deponie Muttenz an die Öffentlichkeit, auf der hinter jedem der rund 5'000 Stoffe die ursprünglich verantwortliche Firma genannt wird!

#### Novartis soll die Führung übernehmen

Der Druck in der Bevölkerung nimmt zu. Anfangs 2011 wurde die Allianz Deponien Muttenz gegründet. Sie verlangt, dass eine Lösung, ähnlich wie in Bonfol im Jura, verwirklicht wird. Dort wurde jahrelang vor Gericht gestritten, mit dem Resultat, dass jetzt vollständig saniert werden muss. ACTARES verlangte deshalb von Novartis, die bisherige Verzögerungs- und Hinhaltetaktik aufzugeben, im Geflecht der Firmen die Führung zu übernehmen und alle interessierten Kreise gleichberechtigt einzubeziehen.



Déjà-vu: Vor zehn Jahren das gleiche Bild

#### Vergütungen – bedienen sie sich

Dieses Jahr konnte die Generalversammlung erstmals über das Vergütungssystem abstimmen. Der ausführliche Bericht über die Vergütungen 2010 zeigt aber, dass leider die Chance verpasst worden ist, eine neue Kultur einzuführen. Die Selbstbedienungsmentalität hat sich nicht geändert. Skandalös sind besonders ein millionenschweres Paket für die Altersvorsorge von Daniel Vasella und eine nicht näher definierte Entschädigung für ein Konkurrenzverbot. Die letztjährige Forderung von ACTARES, künftige Saläre in einem gesellschaftlich und ethisch vertretbaren Rahmen zu halten, ist in keiner Weise erfüllt. ACTARES lehnte deshalb das Vergütungssystem ab.

# ROCHE VERLETZT WEITERHIN DIE MENSCHENRECHTE

Roche ist weiterhin verwickelt in die menschenrechtlich höchst verwerfliche Verwendung von Organen von chinesischen Gefangenen und Hingerichteten für Transplantationen. Anlässlich der diesjährigen Generalversammlung fragte ACTARES nach, was seit der letztjährigen Intervention geschehen ist. Wir verlangten damals den Stopp von Studien in China, bei denen laufend neue Patienten rekrutiert werden. Die Studien laufen weiter. Damit werden die Aktionäre von Roche zu Komplizen dieser Praktiken, die allen internationalen ethischen Normen zuwiderlaufen.

Roche versicherte an der GV, dass trotz der Verlängerung der Studien keine Rekrutierung von neuen Patienten mehr erfolge und dass die Gesamtstudie bis Mitte 2011 definitiv abgeschlossen sein sollte.

In einem weiteren Votum bezeichnete ACTARES Franz Humers Entschädigung von 10 Mio. Franken wie auch diejenige des CEO Severin Schwan von über 11 Mio. Franken als absolut unverhältnismässig. Roche scheint aus der Wirtschaftskrise und den dadurch ausgelösten gesellschaftspolitischen Diskussionen nichts gelernt zu haben.

Juni 2011 ACTARES-Info 23 5



## PRIORITÄT FÜR KLIMAPOLITIK BEI ZURICH FS

ACTARES verlangte an der GV von Zurich Financial Services auch dieses Jahr einen aktiveren Einsatz gegen den Klimawandel. Die Häufung extremer Wetterereignisse und die Atomkatastrophe in Japan machen diese Forderung noch dringlicher, zumal Versicherungen von den Schäden stark betroffen sind.

Bereits zum vierten Mal verlangte ACTARES von der Zurich, dass sie sich über die Betriebsökologie hinaus dafür einsetzt, auf allen Gebieten ihrer Geschäftstätigkeit dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen. Leider hat sich bisher nur sehr wenig bewegt.

der Zurich, der einen Wert von mehr als 20 Milliarden hat. Dies würde einen grossen Nutzen bringen, nicht nur für das Klima, sondern auch für die Industrie und das lokale Gewerbe, wo Arbeitsplätze geschaffen würden.

#### Handlungsmöglichkeiten

ACTARES hat vier Hauptbereiche identifiziert, in denen die Zurich bedeutend mehr als bisher unternehmen könnte: die Arbeitswege der mehreren zehntausend Mitarbeitenden, die Bevorzugung von Fahrzeugen mit geringerem Schadstoffausstoss und Treibstoffverbrauch über die Prämiengestaltung, die energetische Sanierung des grossen Liegenschaftenbestandes und mehr Nachhaltigkeit in der Anlagepolitik. Abgesehen von Energie-Sparmassnahmen in den eigenen Betriebsstätten begnügte sich Zurich bisher mit Absichtserklärungen und symbolischen Aktionen.

#### Sanierung des Immobilienbestandes

ACTARES forderte an der GV vor allem die energetische Sanierung des weltweiten Immobilienbestandes

#### Versicherungen sollten das Risiko kennen

ACTARES beabsichtigt, diese und ähnliche Forderungen in Zukunft auch bei andern Versicherungen zu stellen. Fortschritte in der Energie- und Klimapolitik sind seit den extremen Wetterereignissen in verschiedenen Weltgegenden und der Atomkatastrophe in Japan noch dringlicher, gerade auch für Versicherungsgesellschaften. Deren Schaden- und Risikoabteilungen haben nämlich schon lange erkannt, dass die zunehmenden wetterbedingten Grossschäden dem Klimawandel zugeordnet werden müssen.

Eine grosse Signalwirkung ergäbe sich auch durch die Anlage des Versicherungskapitals in umweltfreundliche Technologien, während gleichzeitig die Investitionen in fossile Energieträger abgebaut würden.

## HANDLUNGSBEDARF BEI DEN STROMUNTERNEHMEN

Die starke Mitwirkung der öffentlichen Hand bei der Produktion und Verteilung von Strom ist eine Chance für die stärkere Ausrichtung auf Alternativenergien wie z. B. Wind, Sonne und Biomasse. Bei gemeindeeigenen Werken, wie z.B. in der Stadt Zürich, können Stadtregierung, Parlament und Stimmberechtigte direkt Einfluss nehmen. Auf die vielen Werke, an denen mehrere Kantone und Gemeinden beteiligt sind, hat die Politik einen indirekten Einfluss, einerseits durch gesetzliche Rahmenbedingungen und anderseits durch die Vertretungen von Regierungen und Gemeinden, die in den Verwaltungsräten sitzen. Einige Energieunternehmen sind an der Börse kotiert und müssen auch den Aktionärinnen und Aktionären Rechenschaft ablegen. Das gilt z. B. für die Alpiq AG. Ein Besuch von ACTARES an der GV 2011 offenbarte Handlungsbedarf: Eine Diskussionskultur ist erst in

Ansätzen vorhanden und in den Führungsgremien gibt es keine einzige Frau. 2012 ist der Verwaltungsrat neu zu wählen, eine Gelegenheit für die überfällige Korrektur.



Es braucht frischen Wind in der Energiebranche

■ 6 Juni 2011 ACTARES-Info 23

# SYNGENTAS PARAQUAT — NOCH IMMER EIN SORGENKIND

Das Compliance- und Risikomanagement sei von zentraler Bedeutung für die Sicherheit der Gemeinschaften, in denen Syngenta tätig ist — so die Aussage des Unternehmens. Für die Anwendung des hochgiftigen Herbizids Paraquat gilt dies offenbar nicht.

Erneut hat ACTARES an der Generalversammlung die Anwendung des hochgiftigen Unkrautvertilgers Paraquat, der unter dem Namen Gramoxone vertrieben wird, angeprangert. Jedes Jahr gibt es in Schwellen- und Entwicklungsländern Hunderte von Vergiftungsfällen. Aktuelles Beispiel ist eine Studie aus Burkina Faso. Diese zeigt, dass Gramoxone zu den meisten Pestizid-Vergiftungen im Land führt. ACTARES kritisierte die Unbeweglichkeit der Syngenta-Firmenleitung, die mit ihrer Haltung die Vergiftungsfälle in Kauf nimmt.

#### Änderung der Verkaufsstrategie

Was von Syngenta zumindest erwartet werden kann, ist eine Änderung ihrer Verkaufsstrategie. Das Produkt sollte nur an Anwender abgegeben werden, bei denen ein korrekter Gebrauch garantiert ist. Die wach-

sende Kritik angesichts der vielen Vergiftungsfälle müsste von der Firmenleitung als betriebliches Risiko erkannt werden — mitsamt den möglichen finanziellen Konsequenzen.

#### Nichteinhaltung des eigenen Verhaltenskodex

Neben den gesundheitlichen oder finanziellen Aspekten beachtet die Firmenleitung aber auch ihren eigenen Verhaltenskodex nicht. Dieser Kodex verpflichtet Syngenta, bei allen geschäftlichen Aktivitäten höchste ethische Standards sowie bei der Produktion, Handhabung und Entsorgung ihrer Produkte höchste Sicherheits- und Umweltschutzstandards einzuhalten. Bezogen auf Paraquat und die Anwendung dieses hochgiftigen Herbizids durch unzählige Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sind dies leider nur leere Worte!

## DIE ABSTIMMUNGEN 2011 AUF EINEN BLICK

ACTARES hat auch im Jahr 2011 für die 20 grössten börsenkotierten Unternehmen der Schweiz Abstimmungspositionen veröffentlicht. 257 Traktanden kamen zur Abstimmung. In 149 Fällen oder knapp 58 % unterstützte ACTARES den Antrag des Verwaltungsrates. Dies ist ein etwas höherer Wert als im letzten Jahr.

Die Details der Abstimmungspositionen und die Medienmitteilungen können auf www.actares.ch unter «Stimmrechte» eingesehen oder im Sekretariat bestellt werden.

# \* Für Richemont 2010, weil die Generalversammlung im September stattfindet.

# Abstimmungspositionen von ACTARES 2011\* nach Themen

|                                  | JA   | NEIN | ENTH. | TOT. |
|----------------------------------|------|------|-------|------|
| Jahresbericht und/oder           |      |      |       |      |
| -rechnung, Revisionsberich       | t 10 | 11   |       | 21   |
| Vergütungsbericht                |      |      |       |      |
| (wenn getrennt)                  | 3    | 11   |       | 14   |
| Entlastung der Organe            | 8    | 11   |       | 19   |
| Gewinnverwendung                 | 7    | 4    | 10    | 21   |
| Wahlen in den Verwaltungs        | srat |      |       |      |
| <ul> <li>Wiederwahlen</li> </ul> | 77   | 16   |       | 93   |
| <ul> <li>Neuwahlen</li> </ul>    | 1    | 34   |       | 35   |
| Kapitalherabsetzung /            |      |      |       |      |
| Aktienrückkauf                   | 3    | 4    |       | 7    |
| Kapitalerhöhung                  | 4    | 3    |       | 7    |
| Wahl der Revisionsstelle         | 21   |      |       | 21   |
| Verschiedenes                    | 15   | 4    |       | 19   |
| TOTAL                            | 149  | 98   | 10    | 257  |

Juni 2011 ACTARES-Info 23 7

## STÜRMISCHE ZEITEN BEI SONOVA

Vor dem Hintergrund von Verdächtigungen und einem einbrechenden Aktienkurs trat Sonova-Gründer Andy Rihs am 30. März 2011 als Verwaltungsratspräsident zurück. Die Chronologie der Ereignisse lässt auf zweifelhafte Praktiken schliessen.

Am 16. November 2010 kommuniziert Sonova robuste Wachstumsaussichten, die Aktie legt um rund 10 % zu. Eine Woche später zieht die Ende 2009 aufgekaufte Advanced Bionics ihre künstlichen Ohren vom Markt zurück — der Kursanstieg wird dadurch abrupt gestoppt. Ein Zerfall bleibt jedoch aus, da Sonova den Ausblick nicht revidiert.

#### Seltsame Zuversicht

Im Gegenteil: Anfang 2011 bekräftigt Sonova die optimistischen Aussichten, worauf der Kurs bis Mitte Februar stabil bleibt. Anfang März verkaufen die Verantwortlichen des Unternehmens zahlreiche Aktien. Eine interne Kontrolle revidiert die offiziellen Einschätzungen nach unten, und am 16. März publiziert Sonova eine Gewinnwarnung. Innerhalb von zwei Wochen verliert die Aktie mehr als ein Viertel ihres Werts.

#### Verweigerung der Décharge

Die Aufmerksamkeit der Medien ist geweckt. Die so genannten Managementverkäufe werden nämlich von der Börse publik gemacht. Andy Rihs macht den Verkauf seines Aktienpakets rückgängig und tritt als Verwaltungsratspräsident zurück; der CEO und der Finanzchef verlassen das Unternehmen. Aber die Zweifel halten sich hartnäckig. Wer hat noch aus der Situation Profit geschlagen? Wie konnte man so naiv sein, derartige illegale Transaktionen zu wagen? An der Generalversammlung bringt ACTARES diese Fragen zur Sprache und verweigert die Entlastung des Verwaltungsrates für das vergangene Jahr.

Hinweise zu Klagemöglichkeiten für die Aktionärinnen und Aktionäre von Sonova finden sich auf Seite 11 dieser Ausgabe.

# EIN GERICHT FÜR AKTIENGESELLSCHAFTEN

Dass die Schuldigen des UBS-Debakels nicht vor Gericht müssen, ist nicht mehr zu ändern. Damit sich solches in Zukunft nicht wiederholt, schlägt ACTARES die Schaffung einer speziellen Gerichtsbarkeit vor.

Zivilklagen von Privatpersonen oder Pensionskassen gegen Grossunternehmen einzureichen ist hierzulande theoretisch wohl möglich, praktisch aber nicht umsetzbar. Dies muss sich ändern.

#### Vorbild Mietgericht

Angesichts des Kräfteungleichgewichts im Mietverhältnis — welches mit demjenigen zwischen Aktionären und Unternehmensführung durchaus vergleichbar ist — wurden die kantonalen Mietgerichte geschaffen. Damit wurden die formalen oder finanziellen Hürden, mit denen sich geschädigte Mieterinnen und Mieter konfrontiert sehen, aus dem Weg geräumt oder zumindest deutlich vermindert.

#### Bewährte Lösung

Diese Institution hat sich bewährt: Zum einen ermöglicht sie die Entwicklung einer Rechtsprechung ausgehend von Fällen, die isoliert betrachtet zu wenig wich-

tig wären. Zum andern hält sie den Respekt vor Sanktionen aufrecht, der leider nötig ist, um dem Recht Geltung zu verschaffen. Die 100 000 Franken Busse dagegen, die die Schweizer Börse am 14. Januar 2011 gegen UBS ausgesprochen hat, haben sicher keine abschreckende Wirkung. ACTARES fordert deshalb die Errichtung einer Gerichtsbarkeit auf Bundesebene für Streitigkeiten zwischen börsenkotierten Unternehmen oder deren Organen und ihren Anteilseignern.

#### Behördliche Autorität

Diese Gerichtsbarkeit ist zwingend der behördlichen Autorität zu unterstellen, denn nur diese kann die Verfahrensgerechtigkeit und den Vollzug der Sanktionen gewährleisten. Eine private Schlichtungs- oder Mediationsstelle wie diejenige der von den Banken selbst eingerichteten Ombudsstelle wäre dazu nicht in der Lage.

■ 8 Juni 2011 ACTARES-Info 23

### PARTEIENFINANZIERUNG DURCH UNTERNEHMEN

ACTARES hat die im Swiss Market Index (SMI) enthaltenen Schweizer Unternehmen zu ihrem Verhältnis zu politischen Parteien befragt. Resultat: Eine stattliche Anzahl von ihnen unterstützt Parteien finanziell, aber nur wenige wollen darüber reden.

Die 20 grössten börsenkotierten Unternehmen der Schweiz unterstützen politische Parteien noch immer im gleichen Mass wie vor drei Jahren. Dies zeigt die kürzlich erstellte Neuauflage einer Umfrage, die ACTARES 2007 erstmals durchführte. ACTARES wollte wissen, ob und nach welchen Kriterien die Unternehmen politische Parteien finanziell unterstützen und ob sie bereit wären, diese Unterstützung offen zu legen.

Politische Spenden sind gang und gäbe

Neun von 16 antwortenden Unternehmen geben an, politische Parteien zu unterstützen — fünf sagen dies explizit, vier weitere implizieren es nur. Fünf Unternehmen geben an, keine politischen Spenden zu machen. Bezüglich der Grösse der Beträge sind die Antworten sehr diskret: Manche wollen dazu nichts sagen, andere sprechen von «sehr geringen» Beträgen. Für das Jahr 2010 nennt nur ein Unternehmen die Zahl: 30'000 Franken.

#### Adressaten sind unklar

Auf Fragen nach der Identität von unterstützten Parteien oder Kandidaten fallen die Antworten vage aus. «Unternehmerisches Denken» oder «Eigenverantwortung» sollen gefördert oder die Schweiz als Wirt-

schaftsstandort gestärkt werden. Nur ein Unternehmen erwähnt «Nachhaltigkeit» als einen Leitgedanken beim politischen Engagement, ohne allerdings diesen Begriff genauer zu definieren.



Parteispenden aus der Portokasse?

#### Nutzen einer Offenlegung wird bestritten

Nur ein Unternehmen gibt an, politische Spenden in einem veröffentlichten Dokument aufzuführen. Die anderen äussern sich nicht zum Thema Offenlegung oder sind der Meinung, dass sich eine Offenlegung aufgrund der geringen Beträge nicht aufdränge.

#### **LESETIPP**

# THE BIG SHORT — WIE EINE HANDVOLL TRADER DIE WELT VERZOCKTE

In der Finanzkrise von 2008 gab es nicht nur Verlierer ohne Zahl — es gab auch einige ganz grosse Gewinner. Von diesen handelt der leicht lesbare Bestseller des amerikanischen Finanzjournalisten Michael Lewis.

Am Ursprung der Krise lag die Praxis vieler Anlagefonds, Finanzinstrumente anzubieten, die nur durch faule Kredite aus dem Hypothekenmarkt gedeckt waren. Die komplexe Struktur dieser Finanzinstrumente verdeckte das Risiko von Kreditausfällen und verleitete selbst Rating-Agenturen dazu, sie als sicher zu bewerten. Die Protagonisten erkannten dies und wetteten auf einen Zusammenbruch des Hypothekenmarktes (im Englischen «shorting» genannt). Als die Krise tatsächlich kam, strichen sie im gleichen Mass Gewinne ein, wie andere Verluste einfuhren.

Michael Lewis, 2010, The Big Short — Wie eine Handvoll Trader die Welt verzockte, Campus Verlag ISBN 3593393573, 319 Seiten, ca. Fr. 30.—

Juni 2011 ACTARES-Info 23 9

#### INTERVIEW

## HANSPETER KESSLER

Hanspeter Kessler, eidg. diplomierter Versicherungsfachmann mit langjähriger Erfahrung bei namhaften Gesellschaften wie Allianz, Elvia oder CAP, ist seit 2005 Mitinhaber und Mitglied der Geschäftsleitung von Fairsicherungsberatung in Bern. Durch diese Tätigkeit verfügt er über eine tiefe und fundierte Erfahrung punkto Nachhaltigkeit in der Versicherungsbranche.

ACTARES: Herr Kessler, eine Versicherungsgesellschaft kann ihre soziale und ökologische Verantwortung auf unterschiedliche Weise wahrnehmen: unmittelbar über die Arbeit ihrer Mitarbeitenden, über ihre Geschäftspolitik (z. B. durch unterschiedliche Prämien für mehr oder weniger saubere Autos) oder aber über ihre Anlagepolitik, indem sie ihre Investitionen unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit gestaltet. Welcher Weg ist aus Ihrer Sicht der effizienteste?



Hanspeter Kessler: Am effizientesten ist die Anlagepolitik. Im Rahmen der zweiten Säule, wovon die Versicherungen gut zwei Drittel bewirtschaften, werden rund 650 Milliarden Franken verwaltet. Zusammen mit der dritten Säule und den technischen Reserven aus dem Nicht-Leben-Geschäft ergibt dies enorme Beträge. Würden alle diese Gelder streng nach Nachhaltigkeitskriterien investiert, wäre die Wirkung spürbar. Allein durch die Energiesanierung des riesigen Gebäudeparks im Anlagenportefeuille wären greif-

bare Verbesserungen möglich. Kurzfristig wäre vielleicht eine niedrigere Rendite zu verzeichnen. Diese würde indessen durch die Abnahme der Risiken wettgemacht.

Der direkte Einfluss der Geschäftspolitik oder des Eigengeschäfts der Versicherungen dagegen ist minim. Dort liegt der Nutzen vor allen Dingen in der Beispielund Sensibilisierungswirkung.

Eine Verringerung der ökologischen Beeinträchtigungen kann für die Versicherer nur von Vorteil sein, denn diese werden von der Zunahme der Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Wirbelstürme und Erdrutsche arg gebeutelt. Dennoch engagieren sich nur wenige, obwohl alle davon profitieren. Zahlt sich unter diesen Umständen ein Einsatz überhaupt aus?

Tatsächlich haben die Versicherungen — und insbesondere die Rückversicherer, die auf diesem Gebiet tätig sind — ein Interesse daran, dass sich das Klima stabilisiert. Gewisse Naturrisiken wie etwa Überschwemmungen in gefährdeten Gebieten sind heute nicht mehr versicherbar. Dies stellt die Daseinsberechtigung der Versicherungsgesellschaften in Frage. Natürlich kommt der Einsatz zugunsten der Umwelt der ganzen Branche zugute. Dennoch können die führenden Versicherer so einen Wettbewerbsvorteil erzielen: Sie erweitern ihr Know-how in Umweltfragen und geniessen einen besseren Ruf.

Bei Versicherungsmechanismen kommen unterschiedlichste Derivate zum Tragen. Diese spekulativen Instrumente stehen im Ruf, die Realwirtschaft zu destabilisieren. Sind Derivate wirklich unverzichtbar?

Bei der zweiten und dritten Säule ist die Maximalrendite nach wie vor ein entscheidendes Verkaufsargument. Unter diesen Umständen können weder soziale noch ökologische Kriterien berücksichtigt werden, und der Einsatz von Derivaten ist ein Muss. Die Versicherer müssen den Mut finden, ihren Kunden verantwortli-

■ 10 Juni 2011 ACTARES-Info 23

che Lösungen anzubieten und ihnen zu erklären, dass auch die Rendite in einem vernünftigen Rahmen liegen muss. Hier braucht es noch Pionierarbeit.

Übrigens arbeitete Lloyds in den Anfängen der Unternehmensgeschichte nach einem System, bei dem britische Gentlemen für gewisse Risiken bürgten. Ging alles gut, erzielten diese einen ansprechenden Gewinn, und umgekehrt mussten sie im Schadensfall in die Tasche greifen. Strukturierte Produkte waren also bereits damals bekannt. Solange der Investor die eingegangenen Verpflichtungen beherrscht, ist der Einsatz von Derivaten vertretbar.

Müsste das freiwillige Engagement einzelner Unternehmen gefördert und die Rolle der Behörden oder internationalen Organisationen auf die Koordination beschränkt werden, oder braucht es vielmehr einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen, damit alle Wirtschaftsakteure mit gleich langen Spiessen kämpfen?

Ich würde einen liberalen Ansatz bevorzugen. Versicherer, die Pionierarbeit leisten, sollen für ihren Innovationsgeist belohnt werden, indem ihre Attraktivität für Kunden gestärkt wird, die sich der weltweiten Herausforderungen bewusst sind und weniger Risiken bergen. Der Markt kann dabei helfen, den tragfähigsten Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen. Versagt aber der Markt, sind staatliche Interventionen angezeigt.

www.fairsicherung.ch

## SOLL GEGEN SONOVA GEKLAGT WERDEN?

Normalerweise sucht ACTARES den Dialog mit den Verantwortlichen eines Unternehmens und hat kein Interesse an rechtlichem Vorgehen. ACTARES will die Wahrnehmung der Verantwortung in den Mittelpunkt des Wirtschaftens stellen. Nach UBS steht nun aber auch Sonova im Fokus der Justiz und der Finanzmärkte (siehe Seite 8).

#### **ACTARES** im Dilemma

Soll ACTARES seine Mitglieder auffordern, sich an Gerichtsverfahren zu beteiligen? Die Antwort lautet eindeutig nein. ACTARES berät seine Mitglieder nicht bei der Verwaltung ihres Vermögens, weder im Hinblick auf Finanzinstitute oder -dienstleister noch bei konkreten Investitionsentscheiden — und schon gar nicht bei

der Ausübung ihrer Rechte. Hingegen hat ACTARES die Pflicht, seine Mitglieder über die zur Auswahl stehenden Handlungsmöglichkeiten zu informieren und interessierte Personen bei Vorstössen zu unterstützen, die im Alleingang kaum zu bewältigen sind.

#### Der richtige Moment

In einem Fall wie Sonova, wo eine ausreichende Anzahl Personen an einem Verfahren interessiert ist, ist rasches Handeln gefragt. Aus diesem Grund wird ACTARES, wie bereits in der Vergangenheit, als Drehscheibe zwischen interessierten Mitgliedern und einer Anwaltskanzlei fungieren, die in der Lage ist, den Fall zu übernehmen.

#### Nützliche Hinweise

Mit Blick auf eine mögliche Klage gegen das Management von Sonova besteht Kontakt zwischen ACTARES und Rechtsanwalt Leandro Perucchi von der Zürcher Kanzlei Rüd Winkler Partner AG. Die Option einer Zusammenarbeit mit anderen Gruppen von Klägerinnen und Klägern in der Europäischen Union und in den USA wird sorgfältig geprüft.

Anspruch auf Schadenersatz können grundsätzlich Anlegerinnen und Anleger geltend machen, die zwischen dem 15. November 2010 und dem 16. März 2011 Sonova-Aktien gekauft haben. Interessierte Personen können sich anhand des beigelegten Formulars bei ACTARES melden. Das Formular steht auch auf der Website von ACTARES unter der Rubrik «Dokumente» zum Download bereit.

- www.actares.ch/Downloads/2011-06-Antworttalon\_Sonova.pdf
- www.ruedwinkler.ch

Juni 2011 ACTARES-Info 23 11 ■

# MITGLIEDERVERSAMMLUNG VON ACTARES

Bitte reservieren Sie sich das Datum:

Mittwoch, 28. Sept. 11, um ca. 17:15 Uhr in Bern
(definitive Angaben in der Einladung)

Herr Dr. János Blum, Versicherungsmathematiker, Partner der Beratungsgesellschaft Prime Re Solutions AG und Mitglied des Bankrates der Zürcher Kantonalbank, wird für uns nach dem statutarischen Teil der Mitgliederversammlung die Problematik der Risikofähigkeit und der Regulierung von grossen Finanzinstituten thematisieren.

Nach dem Studium der Mathematik an der ETH Zürich und der Volkswirtschaft an der Hochschule St. Gallen

war János Blum unter anderem bei den Versicherern Schweizer Rück, Zurich Re und Allianz tätig, sowie als Lehrbeautragter an der ETH Zürich.

Privat engagiert sich János Blum seit Jahren in der Sozialdemokratischen Partei von Stadt und Kanton Zürich sowie im Kulturbereich, in der Region Zürich und darüber hinaus.

Eine detaillierte Einladung mit Traktandenliste und weiteren Unterlagen wird den Mitgliedern rechtzeitig zugestellt. Wir freuen uns, wenn Sie zahlreich an der Mitgliederversammlung teilnehmen.

#### **SEITENBLICKE**

## **STEUERLOTTERIE**

#### von Roby Tschopp

Die Unternehmenssteuerreform II, die laut offizieller Verlautbarung den Familienunternehmen das Leben erleichtern soll und am 24. Februar 2008 vom Stimmvolk knapp angenommen worden war, entfaltet 2011 überraschende Wirkungen.

Tatsächlich können auch börsenkotierte Unternehmen deren Bestimmungen voll ausschöpfen. Reserven aus Kapitaleinlagen — so genannte Agio-Reserven — können nämlich verrechnungs- und einkommenssteuerfrei an die Aktionärinnen und Aktionäre ausgeschüttet werden. Also Freibier für alle? Weit gefehlt: Im

Unterschied zu Swiss Re, Credit Suisse, Zurich Financial Services und Konsorten haben gewisse Unternehmen wie Swisscom, Adecco oder Syngenta praktisch keinen Handlungsspielraum.

Aktionärinnen und Aktionäre, die diesen Aspekt bei ihren Investitionsentscheiden nicht berücksichtigen konnten, wähnen sich bei der Lottoziehung — nun zeigt sich, ob sie richtig getippt haben. Leider hinkt der Vergleich: Während die Gewinne der Landeslotterien gemeinnützigen Zwecken zufliessen, wird hier die Zeche vom Bund, sprich: von der Allgemeinheit bezahlt.

#### **IMPRESSUM**

#### **ACTARES-Info 23**

Auflage deutsch 1200 Exemplare / französisch 900 Exemplare

Redaktion und Übersetzung: Richard Bisig, Rolf Geiser, Estelle Gitta, Ruedi Jörg, Rudolf Meyer, Jean-François Rochat, Roger Said, Roby Tschopp Bilder: Roby Tschopp, Greenpeace/Ex-Press (David Adair), HAAP Media ltd.

Layout und Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, Cyclus Offset

Dieses Mitteilungsblatt wird verschickt an ACTARES-Mitglieder und weitere interessierte Personen

#### **ADRESSEN**

#### **ACTARES**

Postfach, CH-3000 Bern 23 Tel. 031 371 92 14 Fax 031 371 92 15

Postfach 171, CH-1211 Genf 20 Tel. 022 733 35 60 Fax 022 733 35 80

E-Mail: info@actares.ch www.actares.ch PC: 17-443480-3

■ 12 Juni 2011 ACTARES-Info 23